

## **Schmiedtbauer/Bernhuber: Nachbesserungen bei Green-Deal-Strategien notwendig**

*Utl.: Studien sehen negative Folgen von Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategie / Ziel ist regionaler Ansatz in der Landwirtschaft / Versorgungssicherheit in Europa statt viel mehr Importe*

Brüssel, 26. Jänner 2022. "Klimaschutz ja, aber nicht auf den Rücken der Bauern und vor allem nicht auf Kosten unserer bäuerlichen Familienbetriebe", sagen die Europaabgeordneten des Bauernbundes, Simone Schmiedtbauer und Alexander Bernhuber nach einer öffentlichen Anhörung im EU-Parlament über die Farm-to-Fork-Strategie am Dienstagnachmittag. "Mehrere Studien zeigen die schwerwiegenden Folgen für uns Landwirte und die Konsumentinnen und Konsumenten. Dieses Belastungspaket wird von uns in dieser Form nicht unterstützt, es sind dringend Nachbesserungen notwendig."

"Ziel der EU-Bemühungen muss die Durchsetzung eines regionalen Ansatzes in der Landwirtschaft sein. Wenn Tiere von der Aufzucht bis zur Schlachtung in der Heimat sind, ist das dem Tierwohl am zuträglichsten. Wir wollen die Produktion vor Ort stärken, um gesunde, frische Lebensmittel so lokal wie möglich anzubieten. Das ist gut für die Tiere, die Umwelt, die Konsumenten und uns Landwirte. Zudem begrüßen wir ausdrücklich, dass Frankreich als derzeitiges EU-Vorsitzland unter dem Schlagwort "Spiegelklauseln" in Handelsabkommen unsere langjährige Forderung aufgreift, dass Importe von Agrarprodukten dieselben Standards erfüllen müssen, wie europäische Erzeugnisse, wenn es um Produktionsbedingungen, Tier- und Umweltschutz geht", sagt Simone Schmiedtbauer, Agrarsprecherin der ÖVP im Europaparlament.

"Die Rechnung ist einfach: Wenn wir innerhalb der EU die Ziele der Biodiversitäts- und der Farm-to-Fork Strategie so umsetzen, wie sie jetzt vorliegen, ist mit einem Ernterückgang von zehn bis 20 Prozent zu rechnen", skizziert Bernhuber, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament, mit Verweis auf eine Studie der Wageningen Universität in den Niederlanden. "Dann werden wir Lebensmittel wie Äpfel aus Neuseeland oder sonst woher importieren müssen. Hier fehlt manchen Kommissionsbeamten der Hausverstand. Wenn die Produkte für die Verbraucherinnen und Verbraucher teurer werden und die bäuerlichen Einkommen sinken, feuert das klimaschädliche Lebensmittelimporte automatisch an. Das oberste Ziel des Green Deal muss die Versorgungssicherheit sein und wir werden der Kommission genau auf die Finger schauen."

„Außerdem brauchen wir dringend eine konsequente, verpflichtende Lebensmittelkennzeichnung, damit die Bürger eine informierte Kaufentscheidung zu Gunsten heimischer und regional produzierter Produkte treffen können“, schließen Bernhuber und Schmiedtbauer.